

Nato bereitet sich auf Zeit mit Trump vor

Ein Kurswechsel in der amerikanischen Ukraine-Politik ist möglich.

BRÜSSEL. In der Nato werden wenige Wochen vor dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump Vorbereitungen für einen möglichen Kurswechsel in der amerikanischen Ukraine-Politik getroffen. Es gehe darum sicherzustellen, dass die Ukraine mögliche Friedensgespräche mit Russland aus einer Position der Stärke führen könne, erklärte Generalsekretär Mark Rutte bei einem zweitägigen Nato-Außenministertreffen in Brüssel. Dazu brauche es vor allem mehr Militärhilfe. Außenministerin Annalena Baerbock bestätigte, dass auch die Frage im Raum steht, wie eine „internationale Präsenz zur Absicherung eines Waffenstillstandes“ in der Ukraine aussehen könnte und schloss eine Beteiligung der Bundeswehr nicht aus. Man werde natürlich alles, was dem Frieden in der Zukunft diene, von deutscher Seite mit allen Kräften unterstützen, sagte die Grünen-Politikerin. Wie Rutte unterstrich sie allerdings auch die Bedeutung weiterer Militärhilfe. Hintergrund der Gespräche in der Nato sind Befürchtungen, dass Trump nach Amtsantritt als US-Präsident versuchen könnte, die Ukraine und Russland zu Verhandlungen zu drängen. *dpa*

Kurz berichtet

Unterstützung für Antrag zu Abtreibung

BERLIN. Der Gruppenantrag, Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche zu legalisieren, gewinnt Unterstützung.



Ein Gruppenantrag will das Gesetz ändern. *Foto: dpa/Bernd Weißbrod*

zung. Nach Angaben der grünen Frauenpolitikerin Ulle Schauws haben ihn 327 Bundestagsabgeordnete unterschrieben. *epd*

Behörden wollen Kirchenasyl räumen

BREMEN. Die Bremer Behörden haben in der Nacht zu Dienstag vergeblich versucht, ein Kirchenasyl zu räumen. Sie wollten einen 25-jährigen Somalier, dem die evangelische Zionsgemeinde Unterschlupf gewährt, festnehmen und abschieben. Rund 100 Menschen verhinderten das. *KNA*

Rekordzahl von Migranten

MADRID. Die Zahl der Migranten, die über die Kanaren illegal nach Spanien eingereist sind, hat einen neuen Rekord erreicht. Laut spanischem Innenministerium kamen bis Ende November 41 425 Menschen auf die Inseln. Das sind mehr als im Jahr 2023. *AFP*

Die Staatsgalerie Stuttgart? Zählt zu den Top Ten in Deutschland. Das Stuttgarter Ballett? Ist weltberühmt. Das Festspielhaus Baden-Baden? Lockt internationale Gäste. Das Zentrum für Kunst und Medien in Karlsruhe? Ist europaweit die erste Adresse digitaler Realitäten. Stimmt alles. Und doch stellt sich die Frage neu, wie verankert selbst diese Kultur-Leuchttürme in der Bevölkerung wirklich sind.

Gerade 12 bis 13 Prozent der von Allensbach für den aktuellen BaWü-Check befragten Menschen in Baden-Württemberg geben an, in den vergangenen zwölf Monaten eine Opern- oder eine Ballettaufführung gesehen zu haben, Museumsbesuche gehören immerhin für mehr als 40 Prozent in den Jahreskalender.

Was bedeuten diese Zahlen? Stehen sie im Widerspruch dazu, dass die Publikumszahlen nicht nur in den Aufführungen der Staatstheater Stuttgart Rekordhöhen erreichen? Oder sind sie realistisch, weil Kulturinteressierte sich gerne unter ihresgleichen bewegen und dazu neigen, die Bedeutung von

Leitartikel

Kulturförderung ist ein gefährdetes Gut

Enorm sei das Kulturinteresse im Land, heißt es. Die Zahlen geben das nicht genauso her. Was folgt daraus?

VON NIKOLAI B. FORSTBAUER

Kulturangeboten zu überschätzen?

Die bittere Pille aber kommt erst noch: Auf einer Streichliste würden 63 Prozent der Menschen die Kultur und nicht andere Themen ankreuzen. Und die Idee, das Kulturangebot bestimme die Lebensqualität eines Ortes oder einer Stadt mit, teilen weniger als 30 Prozent der Befragten. Natürlich hinken all diese Zahlen, weil viel mehr öffentliche Gelder in Bereiche wie die Sicherheit und die Verkehrsinfrastruktur fließen – Kultureinrichtungen können also kaum ähnlich präsent sein.

Entsprechend erkannte schon Günther Oettinger in seiner Zeit als Ministerpräsident: Wer bei einem Landeshaushalts-Anteil von seinerzeit 1,2 Prozent an der Ausgabenschraube für Kulturförderung drehe, zerstöre mit jeder Ziffer weniger hinter dem Komma ungleich mehr als in anderen Bereichen. Statt zu kürzen, setzte Oettinger auf eine umfassende Bestandsaufnahme der erbrachten Leistungen gerade auch in den ländlichen Gebieten Baden-Württembergs. Das war die Grundlage für eine Sicherung des Kulturangebotes in der Fläche.



Erfolgreich forderte die Koalition aus Grünen und CDU im Land von 2016 an von den Kultureinrichtungen viel Bewegung: Gefragt waren mehr Digitalisierung, institutionsübergreifende Projekte und breitere Vermittlungsangebote. Noch als Staatssekretärin wagte Petra Olschowski (Grüne), seit 2022 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, viel – und darf sich nun freuen: 67 Prozent der unter 30-Jährigen und 77 Prozent der besonders an Kultur Interessierten finden, dass Kulturförderung Aufgabe des Staates sein sollte. Ein wichtiges Pfund, sollten

neue politische Kräfteverhältnisse im Landtag von Baden-Württemberg die öffentliche Kulturförderung infrage stellen.

Die Formel ist klar: Weniger Förderung ist nicht mehr Kultur. Jeder Euro Förderung hält ein feines Räderwerk in Gang, das in der Breite schon jetzt von prekären Arbeitsverhältnissen und einem übergroßen Anteil unverzichtbaren ehrenamtlichen Engagements geprägt ist.

Umgekehrt aber gilt: Die Kultureinrichtungen und -initiativen bleiben aufgefordert, ihre Türen weit und gezielt zu öffnen. Eigene Vermittlungsprogramme für immer mehr Bevölkerungsgruppen verdoppeln die Publikumszahlen nicht, sichern aber über Akzeptanz die Existenz.

Mehr denn je macht die Umfrage zur Rolle der Kulturförderung in Baden-Württemberg zuletzt deutlich: Kultur ist keineswegs ein selbstverständliches Gut. Jammern aber hilft nicht, nur die nächste Spitzenleistung. Ob in Kirchenchören, Museen, Bibliotheken und Archiven – und gerade in der Oper und im Ballett.

Schärferes Vorgehen gegen Wölfe

Dürfen Wölfe leichter abgeschossen werden? Darüber streiten Tierschützer und Landwirte seit Jahren hochemotional. Nun kommt Bewegung in die Sache. Der Europarat hat den Schutzstatus für die Raubtiere abgesenkt.

STRAßBURG. Der Europarat ebnet den Weg für ein schärferes Vorgehen gegen Wölfe. Der zuständige Ausschuss stimmte einem entsprechenden Antrag der EU-Staaten zu, den Schutzstatus abzusenken. Bevor dies in Deutschland gelten kann, muss aber noch das EU-Recht geändert werden.

Hintergrund des Antrags ist, dass sich nach EU-Angaben die Zahl der Wölfe in Europa innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt hat. Die Zahl der in der EU vom Wolf getöteten Nutztiere, meist Schafe und Ziegen, wird auf mindestens 65 500 pro Jahr geschätzt.

Der Europarat ist von der EU unabhängig. Zu seinen 50 Mitgliedern zählen die EU-Staaten, aber auch Länder wie Großbritannien oder die Türkei. Das Gremium kümmert sich um die Wahrung der Menschenrechte, ist aber auch für die Einhaltung der Berner Konvention zuständig, einem 1979 verabschiedeten völkerrechtlichen Vertrag zum Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen.

In diesem Vertrag galt der Wolf bislang als „streng ge-

schützt“. Das bedeutet, dass die Staaten Maßnahmen zur Erhaltung des Wolfs ergreifen müssen und die Tiere nicht absichtlich getötet werden dürfen.

Die EU-Staaten beantragten nach langer Diskussion dann im September eine Herabstufung seines Status auf „geschützt“. Dies beinhaltete zwar immer noch strenge Regeln, eine Jagd auf problematische Wölfe wäre dann aber unter bestimmten Umständen einfacher möglich. Mit der Zustimmung zu dem Vorhaben änderte die Bundesregierung ihren Kurs in der Wolfspolitik.

Begründet wurde dies damit, dass sich die Wolfsbestände in den vergangenen Jahren immer mehr erholt hätten. Außerdem häuften sich zuletzt Risse von Nutztieren wie Schafen und Rindern. Abwehrmechanismen wie etwa hohe Zäune werden von Wölfen immer wieder überwunden.

Der Umweltschutzverband Nabu rügte, die Entscheidung des Europarats basiere nicht auf Fakten, sondern sei ausschließlich politisch getrieben.



Die Wolfsbestände haben sich in Westeuropa in den vergangenen Jahren erholt. *Foto: dpa/Carsten Rehder*

Laut Nabu-Expertin Marie Neuwald braucht es funktionierende Regelungen, wann und in welchem Rahmen ein Wolf mit auffälligem Verhalten getötet werden darf. „Das ist jedoch auch im bestehenden Recht möglich.“

Nach Angaben der Artenschutzorganisation WWF wurde der Wolf in Westeuropa und

damit auch in Deutschland etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts ausgerottet. Die Raubtiere überlebten demnach nur in Teilen des Ostens und Südens von Europa. Seit einigen Jahren erholen sich die Bestände allerdings.

Nach Angaben der EU stieg die Zahl der Wölfe in Europa von 11 193 im Jahr 2012 auf

20 300 im Jahr 2023. In Deutschland wurden zuletzt 209 Wolfsrudel nachgewiesen. Demnach hatte das Land Brandenburg mit 58 die meisten Wolfsfamilien, gefolgt von Niedersachsen (48) sowie von Sachsen (37). Die Entscheidung des Europarats-Gremiums bedeutet aber nicht automatisch, dass die Tiere in Deutschland jetzt einfach so geschossen werden dürfen. Die Änderung tritt drei Monate nach ihrer Annahme in Kraft, sofern nicht ein Drittel der Vertragsparteien Einspruch erhebt. Anschließend kann die EU-Kommission einen Vorschlag zur Änderung des Schutzstatus des Wolfs im EU-Recht vorlegen. Dieser Vorschlag braucht nochmals eine Mehrheit unter den EU-Staaten und eine Mehrheit im Europaparlament. Änderungen an dem Vorhaben sind noch möglich.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hält einen geringeren Schutzstatus von Wölfen indes für sinnvoll: „Die Rückstufung macht jetzt das Wolfsmanagement händelbar“, erklärte er. *dpa*

Die Karikatur



Problemnachwuchs

Karikatur: Tomicek

Waffenruhe droht zu scheitern

Nach Beschuss durch die Hisbollah greift die israelische Armee nach eigenen Angaben dutzende Ziele im gesamten Libanon an.

JERUSALEM. Wenige Tage nach Beginn einer Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon hat die israelische Armee eigenen Angaben zufolge dutzende Ziele der pro-iranischen Miliz „im gesamten Libanon“ getroffen. Die Angriffe erfolgten israelischen Angaben zufolge als Reaktion auf Beschuss durch die Hisbollah. Das libanesische Gesundheitsministerium meldete mindestens neun Todesopfer.

Die Hisbollah hatte nach eigenen Angaben am Montag eine israelische Stellung ange-

griffen. Der Angriff galt der israelischen Stellung auf den Scheba-Farmen, die von Israel als Har Dov bezeichnet werden. In dem etwa 30 Quadratkilometer kleinen Gebiet an der Grenze von Israel, Libanon und Syrien waren 2006 zwei israelische Soldaten entführt worden, dies löste den zweiten Libanon-Krieg aus.

Die israelische Armee hatte zuvor erklärt, dass die Hisbollah zwei Geschosse auf das Gebiet abgefeuert habe. Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu beschuldigte die His-

bollah einer „schwerwiegende Verletzung“ der Waffenruhe und kündigte eine Antwort „mit aller Kraft“ an.

Die von der Hisbollah abgefeuerten Geschosse gingen nach Angaben der israelischen Armee auf offenem Gelände nieder. Israel droht mit schweren Konsequenzen, sollte die Waffenruhe scheitern. „Wenn wir wieder in den Krieg ziehen, werden wir mit noch größerer Kraft vorgehen und noch tiefer eindringen“, sagte der israelische Verteidigungsminister Israhel Katz. *AFP*